



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Bundesamt für Justiz BJ
Direktionsbereich Privatrecht
Fachbereich Zivilrecht und Zivilprozessrecht

Änderung des Zivilgesetzbuchs (Mitteilung von Erwachsenenschutzmassnahmen)

11.449 Pa.Iv. Joder. Publikation von Erwachsenenschutzmassnahmen

Bericht über das Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens

August 2014

Zusammenfassung

Die im Vorentwurf vorgesehene Möglichkeit, auf dem Weg der Betreuungsauskunft gleichzeitig auch Auskunft über das Vorliegen einer Massnahme des Erwachsenenschutzrechts zu erhalten, wurde in der Vernehmlassung mehrheitlich abgelehnt. Insbesondere haben nur fünf Kantone den Vorschlag unterstützt, während er von 18 Kantonen als unnötig, untauglich, zu aufwendig oder als zu kompliziert bezeichnet worden ist. Dagegen haben drei politische Parteien den Vorentwurf in dieser Hinsicht für gut befunden; eine Partei hat ihn verworfen. 11 Organisationen unterstützen den Vorschlag, 6 haben ihn abgelehnt.

Die übrige Ergänzung von Artikel 449c ZGB wurde grundsätzlich begrüsst, wobei aber diverse kleinere Verbesserungsvorschläge vor allem technischer Natur angebracht wurden.

1 Allgemeines

Die Vernehmlassung über den Vorentwurf zur Revision des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Mitteilung von Erwachsenenschutzmassnahmen), dauerte vom 13. Dezember 2013 bis zum 31. März 2014. Zur Teilnahme eingeladen wurden die Kantone, die in der Bundesversammlung vertretenen politischen Parteien sowie weitere interessierte Organisationen. Geantwortet haben 25 Kantone, 4 politische Parteien und 22 Organisationen. Insgesamt gingen damit 51 Stellungnahmen ein.

4 Organisationen haben ausdrücklich auf eine Stellungnahme verzichtet¹.

2 Verzeichnis der eingegangenen Stellungnahmen

Eine Liste der Kantone, Parteien und Organisationen, die zum Vorentwurf Stellung genommen haben, findet sich im Anhang.

3 Stellungnahmen der Kantone

3.1 Mitteilung von Erwachsenenschutzmassnahmen an das Betreibungsamt und Weitergabe an Dritte im Rahmen der Betreuungsauskunft (Art. 449c Abs. 1 Ziff. 3 und Abs. 2 VE-ZGB sowie Art. 8a Abs. 3^{bis} VE-SchKG)

Fünf Kantone unterstützen den Vorentwurf ausdrücklich und ohne Vorbehalte (AI, AR, TG, UR, VS). Die grosse Mehrheit der Kantone lehnt den Vorschlag dagegen ab (AG, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, LU, NE, NW, SG, SH, SZ, TI, VD, ZG, ZH) oder unterstützt ihn nur mit Vorbehalten (SO). Dabei wurden folgende Argumente vorgebracht:

- Die Weitergabe von Informationen über Massnahmen des Erwachsenenschutzrechts bilden für das Betreibungsamt eine **sachfremde Aufgabe** (AG, GE, GR, SG, SH, SZ, TI, VD).
- Private Auskunftsteien würden so zu **sensiblen Informationen über Privatpersonen** kommen, und es sei nicht gewährleistet, dass auch spätere Änderungen nachvollzogen würden (AG, BE, GL, GR, LU, SG, SH, ZG). Dadurch würden die **Persönlichkeitsrechte der betroffenen Personen** erheblich beeinträchtigt (AG, BE, BS, GL, GR, LU, NW); dieser

¹ Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren, Kaufmännischer Verband Schweiz, Schweizerischer Arbeitgeberverband, Schweizerischer Städteverband

Eingriff sei durch die auf dem Spiel stehenden Interessen nicht gerechtfertigt (AG, BE, GL, GR, LU). Der Vorschlag stehe zudem im **Widerspruch zum Ziel der Revision des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts**, die Stigmatisierung der betroffenen Personen zu verhindern (AG, BE, SH, ZG).

- Die **bestehende Möglichkeit**, Auskunft über bestehende Massnahmen zu verlangen (Art. 451 Abs. 2 ZGB), sei ausreichend (AG, BE, BL, BS, GE, LU, SZ, ZG, ZH). Es sei nicht ersichtlich, welchen Mehrwert mit dem vorgeschlagenen System geschaffen werde (BL, BS, GL, GR, VD).
- Bei einem Umzug der betroffenen Person bestehe die Gefahr, dass **unrichtige Auskünfte** erteilt würden (AG, GE, GL, NW). Damit würde ein erhebliches Risiko für eine **Staatshaftung** geschaffen (AG, GE, NE, NW, VD). Es bestehe aufgrund des dynamischen Wohnsitzbegriffs auch das Problem, dass die Meldung an ein Betreibungsamt erfolge und dann bei einem anderen Amt die Auskunft eingeholt werde, aus welcher die Massnahme nicht ersichtlich sei (ZH).
- Die Auskunft eines Betreibungsamts, dass eine Massnahme bestehe, hätte in vielen Fällen zur Folge, dass der in Frage stehende Vertrag ganz einfach nicht abgeschlossen würde und die betroffene Person so **faktisch vom Rechtsverkehr ausgeschlossen** würde (BE, BS).
- Die Umsetzung der Revision hätte einen **erheblichen Mehraufwand** für die KESB und/oder die Betreibungsämter zur Folge (AG, BE, BL, FR, GE, GL, NW, SH, SZ, VD), der in keinem angemessenen Verhältnis zu dem mit der Revision in Aussicht gestellten Nutzen stehe (AG).

3.2 Ergänzung der Pflicht zur Mitteilung an das Zivilstandsamt, die Einwohnergemeinde, die Ausweisbehörde und das Grundbuchamt (Art. 449c Abs. 1–3 VE-ZGB)

Die meisten Kantone unterstützen den Vorentwurf in dieser Hinsicht ganz oder teilweise (AI, BE, BL, BS, GE, GL, GR, JU, LU, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, VS, ZG). Die vorgeschlagene Aufhebung von Artikel 395 Absatz 4 ZGB wurde teilweise in Frage gestellt bzw. es wurde verlangt, die Bestimmung beizubehalten (BL, GR, LU, SH, VD, ZH), da die vorgeschlagene Bestimmung keine ausreichende Rechtsgrundlage für einen Grundbucheintrag bilde. Zusätzlich wurden folgende Bemerkungen vorgebracht:

- Die Aufzählung von Artikel 449c VE-ZGB dürfe **nicht als abschliessend** verstanden werden. Den Kantonen müsse es nach wie vor offen stehen, ergänzende Mitteilungspflichten vorzusehen (LU, SG).
- Zwei Kantone haben festgehalten, dass **ein Handlungsbedarf** für die Anpassung von Art. 449c ZGB nicht ausgewiesen sei (AG, VD).

3.3 Weitere Bemerkungen und Vorschläge

- Vorgeschlagen wurde die Schaffung eines **eidgenössischen Handlungsfähigkeitsregisters**, zu dem ausschliesslich die KESB Zugang haben sollen (BE).
- Die Einwohnerkontrollen sollten direkt von den KESB dieselben Informationen wie die Zivilstandsämter erhalten (AR, SG).

- Auch Artikel 449c VE-ZGB sei zu ergänzen, da auch Artikel 97 Ausländergesetz und Artikel 82 Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit eine automatische Mitteilung der vormundschaftlichen Massnahmen an die Migrationsbehörden enthielten (GR).

4 Stellungnahmen der politischen Parteien

Drei Parteien unterstützen den Vernehmlassungsvorentwurf (CVP, FDP) bzw. jedenfalls die Mitteilung der Massnahmen an das Betreibungsamt und deren Aufnahme in den Betreibungsregisterauszug (SVP). Eine Partei lehnt dagegen den Vorentwurf ab, da kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf bestehe und die vorgeschlagene Lösung mit grossen Nachteilen für die betroffenen Personen verbunden seien (SP).

5 Stellungnahmen der interessierten Organisationen und Privatpersonen

5.1 Mitteilung von Erwachsenenschutzmassnahmen an das Betreibungsamt und Weitergabe an Dritte im Rahmen der Betreibungsauskunft (Art. 449c Abs. 1 Ziff. 3 und Abs. 2 VE-ZGB sowie Art. 8a Abs. 3^{bis} VE-SchKG)

Diverse Teilnehmer unterstützen die vorgeschlagene Regelung (CP, economiesuisse, KAZ, SBLV, SGV, SGV-USAM, SLV, SVC, VBKA, VSI, VSKF). Von anderen Teilnehmern wurde die vorgeschlagene Revision dagegen abgelehnt (DJS, KOKES, SVBB, SVR, UNI GE, UNIL). Dies mit folgenden Argumenten:

- Es müsse zuerst geprüft werden, ob das geltende Recht nicht ausreichend sei, um die Bedürfnisse der Praxis zu befriedigen (DJS). Es bestehe **kein Revisionsbedarf** (SVR, UNI GE, UNIL).
- Die **Persönlichkeitsrechte** der betroffenen Personen würden nur unzureichend gewahrt (DJS). Das vorgeschlagene System sei auch zu **fehleranfällig** (KOKES). Zudem bestehe die Gefahr, dass Bonitätsdatenbanken die Informationen einholen und dann nicht mehr aktualisieren (Privatim). Es müsse stets im Einzelfall eine **Interessenabwägung** vorgenommen werden; dazu seien die Betreibungsämter nicht in der Lage (SVBB).
- Es liege ein **unnötiger und unverhältnismässiger Eingriff in die Persönlichkeitsrechte** der betroffenen Person vor (KOKES, PRIVATIM).
- Mit den neuen Meldepflichten könnten sich für die Kantone auch **Haftungsfragen** stellen (KOKES). Es müsse deshalb ein klarer Ausschluss der Haftung der Betreibungsämter ins Gesetz aufgenommen werden (VBKA).

5.2 Ergänzung der Pflicht zur Mitteilung an das Zivilstandsamt, die Einwohnergemeinde, die Ausweisbehörde und das Grundbuchamt (Art. 449c Abs. 1–3 VE-ZGB)

Diverse Teilnehmer unterstützen die vorgeschlagene Regelung (CP, KOKES, PRIVATIM, SBLV, SVBB, SVC, SVZ).

5.3 Weitere Bemerkungen und Vorschläge

- Die betroffenen Personen müssten das Recht erhalten, beim Betreibungsamt zu erfahren, wer Auskunft über sie verlangt habe und wem sie erteilt worden sei (DJS).
- Im Gesetz sei ausdrücklich festzuhalten, dass die Aufzählung von Artikel 449c VE-ZGB abschliessend sei (UNIL).
- Der Verzicht der Meldung über den Entzug oder die Einschränkung der Handlungsfähigkeit einer Person an die Erwachsenendienste sei zu restriktiv (SGV).
- Die Gebührenverordnung zum SchKG sei in dem Sinne anzupassen, dass die KESB künftig kostenlose Betreuungsauskünfte erhalten sollten (UNIL).

6. Einsichtnahme

Gemäss Art. 9 des Bundesgesetzes vom 18. März 2005 über das Vernehmlassungsverfahren (SR 172.061) sind die Vernehmlassungsunterlagen, nach Ablauf der Vernehmlassungsfrist die Stellungnahmen der Vernehmlassungsteilnehmerinnen und -teilnehmer, und nach Kenntnisnahme durch den Bundesrat die Zusammenstellung der Vernehmlassungsergebnisse öffentlich zugänglich. Die vollständigen Stellungnahmen können beim Bundesamt für Justiz eingesehen werden.

Verzeichnis der Eingaben
Liste des organismes ayant répondu
Elenco dei partecipanti

Kantone / Cantons / Cantoni

AG	Aargau / Argovie / Argovia
AI	Appenzell Innerrhoden / Appenzell Rh.-Int. / Appenzello Interno
AR	Appenzell Ausserrhoden / Appenzell Rh.-Ext. / Appenzello Esterno
BE	Bern / Berne / Berna
BL	Basel-Landschaft / Bâle-Campagne / Basilea-Campagna
BS	Basel-Stadt / Bâle-Ville / Basilea-Città
FR	Freiburg / Fribourg / Friburgo
GE	Genf / Genève / Ginevra
GL	Glarus / Glaris / Glarona
GR	Graubünden / Grisons / Grigioni
JU	Jura / Giura
LU	Luzern / Lucerne / Lucerna
NE	Neuenburg / Neuchâtel
NW	Nidwalden / Nidwald / Nidvaldo
SG	St. Gallen / Saint-Gall / San Gallo
SH	Schaffhausen / Schaffhouse / Sciaffusa
SO	Solothurn / Soleure / Soletta
SZ	Schwyz / Svitto
TG	Thurgau / Thurgovie / Turgovia
TI	Tessin / Ticino
UR	Uri
VD	Waadt / Vaud
VS	Wallis / Valais / Vallese
ZG	Zug / Zoug / Zugo
ZH	Zürich / Zurich / Zurigo

Parteien / Partis politiques / Partiti politici

CVP	Christlichdemokratische Volkspartei Parti démocrate-chrétien Partito Popolare Democratico
FDP	Freisinnig-Demokratische Partei.Die Liberalen Parti radical-démocratique.Les Libéraux-Radicaux Partito liberale-radicali.I Liberali
SP	Sozialdemokratische Partei der Schweiz Parti socialiste suisse Partito Socialista Svizzero

SVP Schweizerische Volkspartei
Union démocratique du centre
Unione Democratica di Centro

Interessierte Organisationen / Organisations intéressées / Organizzazioni interessate

CP Centre Patronal

DJS/JDS/GDS Demokratische Juristinnen und Juristen der Schweiz
Juristes Démocrates de Suisse
Giuristi e Giuriste Democratici Svizzeri
Giuristas e Giurists Democratics Svizzers

economiesuisse Verband der Schweizer Unternehmen
Fédération des entreprises suisses
Federazione delle imprese svizzere
Swiss Business Federation

KAZ Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst
Conférence des autorités cantonales de surveillance de l'état civil
Conferenza delle autorità cantonali di vigilanza sullo stato civile

KBKS Konferenz der Betreibungs- und Konkursbeamten der Schweiz
Conférence des préposés aux poursuites et faillites de Suisse
Conferenza degli ufficiali di esecuzione e fallimenti della Svizzera
Conferenza dals funcziunaris da scussiun e falliment da la Svizra

KOKES/COPMA Konferenz der Kantone für Kindes- und Erwachsenenschutz
Conférence des cantons en matière de protection des mineurs et des adultes
Conferenza dei cantoni per la protezione dei minori e degli adulti

Privatim Vereinigung der schweizerischen Datenschutzbeauftragten

SBLV/USFP/USDCR Schweiz. Bäuerinnen- und Landfrauenverband
Union suisse des paysannes et des femmes rurales
Unione svizzera delle donne contadine e rurale
Uniun da las puras svizras

SGV Schweizerischer Gemeindeverband
Association des Communes Suisses
Associazione dei Comuni Svizzeri
Associazion da las Vischnancas Svizras

SGV-USAM Dachorganisation der Schweizer KMU
Organisation faîtière des PME suisses
Organizzazione mantello delle PMI svizzere
Umbrella organization of Swiss SME

SLV Schweizerischer Leasingverband
Association Suisse des Sociétés de Leasing

SVBB/ASCP Schweizerische Vereinigung der Berufsbeiständinnen und Berufsbeistände
Association suisse des curatrices et curateurs professionnels
Associazione svizzera delle curatrici e dei curatori professionali

SVC	Schweizerischer Verband Creditreform
SVR/ASM	Schweizerische Vereinigung der Richterinnen und Richter Association suisse des magistrats de l'ordre judiciaire Associazione svizzera dei magistrati Associazion svizra dals derschaders
SVZ	Schweizerischer Verband für Zivilstandswesen Association suisse des officiers de l'état civil Associazione svizzera degli ufficiali dello stato civile
Uni GE	Université de Genève
Unil	Université de Lausanne
VBKA	Verband der Betreibungsbeamten der kantons Aargau
VSED/ASSH/ASSA	Verband Schweizerischer Einwohnerdienste Association suisse des services des habitants Associazione svizzera dei servizi agli abitanti Associazion svizra dals servetschs als abitants
VSGV	Verband Schweizerischer Grundbuchverwalter Société suisse des conservateurs du registre foncier Società svizzera degli ufficiali del registro fondiario
VSI	Verband Schweizerischer Inkassotreuhandinstitute Association Suisse des Sociétés Fiduciaires de Recouvrement Associazione degli Uffici Fiduciari d'incasso Svizzeri
VSKF	Verband Schweizerischer Kreditbanken und Finanzierungsinstitute Association Suisse des Banques de Crédit et Etablissements de Financement

Verzicht auf Stellungnahme

- Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren
- KV Kaufmännischer Verband Schweiz
- Schweizerischer Arbeitgeberverband
- Schweizerischer Städteverband